

# PW1 - Privatwald-Vereinbarung

## Nr. 2024-426-68-

Vollmacht, Förderantrag sowie Förderbescheinigung für Leistungen der fallweisen Betreuung im Privatwald bis unter 50 Hektar gemäß §§ 5 und 6 Privatwaldverordnung (PWaldVO)

Dienstleister	Privatwaldbesitzende bzw. zeichnungsbefugte Ansprechperson <sup>12</sup>
Landkreis Biberach Rollinstraße 17 D 88400 Biberach Tel: 07351 52-6900 E-Mail: forstamt@biberach.de Umsatzsteuerid.-Nr: DE144894782	68 Betr.-Nr:

Die forstliche Betriebsfläche innerhalb der Zuständigkeit der unteren Forstbehörde (Landkreis Biberach) beträgt:

**Hektar**

Die forstliche Betriebsfläche in Baden-Württemberg beträgt insgesamt:

**Hektar**

Die forstliche Betriebsfläche setzt sich nach Nummer 3.1.1 VwV-Privatwaldverordnung (VwV-PWaldVO) aus Flächen zusammen, die sich im Besitz der oder des Antragstellenden befinden. Dies sind Flächen im Eigentum oder Flächen mit sonstigen eigentumsgleichen Rechten wie zum Beispiel Nießbrauch zuzüglich angepachteter Waldflächen anderer Privatwaldeigentümer und abzüglich verpachteter Waldflächen aus dem eigenen Eigentum.

Hiermit bevollmächtige ich die untere Forstbehörde (Landkreis Biberach) für mich Leistungen der fallweisen Betreuung gemäß § 5 PWaldVO in Verbindung mit § 6 PWaldVO in meinem Privatwald zu übernehmen. Die Maßnahmen werden jeweils im Vorfeld mit mir abgestimmt und erst nach meiner konkreten Auftragserteilung und im Rahmen der innerhalb der unteren Forstbehörde (Landkreis Biberach) zur Verfügung stehenden Betreuungskapazität umgesetzt.

Die Vollmacht bzw. der Förderantrag gelten für max.

**Betreuungsstunden<sup>3</sup>**

längstens jedoch für einen Zeitraum von

**5 Jahren**

bzw. bis zum Widerruf für alle Waldflächen im Zuständigkeitsgebiet der unteren Forstbehörde (Landkreis Biberach), die sich in meinem Besitz befinden. Der Vertragsbeginn ist der Zeitpunkt, zu welchem der Vertrag zustande kommt. Das ist der Zeitpunkt, zu dem die zweite Unterschrift zur Privatwaldvereinbarung geleistet wird. Die zweite Unterschrift ist vom Auftragnehmer vorzunehmen. Das Vertragsende wird entsprechend der oben gemachten Angaben ab dem Datum der zweiten Unterschrift berechnet.

Vertragsbeginn:

\_\_\_\_\_

Vertragsende:

\_\_\_\_\_

**Gleichzeitig beantrage ich eine De-minimis-Förderung**

<sup>1</sup> Die Angabe einer zeichnungsbefugten Ansprechperson bei Personengesellschaften / Gemeinschaftswald ist verpflichtend und durch entsprechende Nachweise (Zustimmungserklärung, Satzungsauszug, etc.) nachzuweisen.

<sup>2</sup> Die Benennung des gesetzlichen Vertreters oder einer verantwortlichen, zeichnungsbefugten Ansprechperson sowie deren Befugnis ist gemäß 3.1.2 VwV PWaldVO durch entsprechende schriftliche Nachweise zu dokumentieren.

<sup>3</sup> angenommener maximaler Stundenaufwand: 2,00 Stunden pro Jahr und Hektar

## Kostenschlüssel

Ihr zu zahlender Kostenbeitrag pro Stunde errechnet sich aus:

dem landesweit einheitlichen Betreuungsentgelt pro Stunde ohne Umsatzsteuer (USt.) gemäß Nummer 4.2.3 VwV-PWaldVO <sup>4</sup>	16,50 €
Zuzüglich 19,00 % USt. aus den Gestehungskosten <sup>5</sup> pro Stunde	13,29 €
<b>Gesamtkosten pro Stunde inkl. gesetzl. USt.</b>	<b>29,79 €</b>

Die hier zugrunde gelegten Beträge beziehen sich auf den Tag des Vereinbarungsabschlusses; grundsätzlich gelten die bei der eigentlichen Leistungserbringung jeweils gültigen Gestehungskosten beziehungsweise der zu diesem Zeitpunkt gültige ermäßigte Entgeltsatz gemäß Nummer 4.2.3 VwV-PWaldVO sowie der gültige Umsatzsteuersatz.

Die Förderung, die das Land Baden-Württemberg gewährt, indem statt den aus der kommunalen Entgeltordnung entnommenen Gestehungskosten in Höhe von 69,97 Euro ohne USt. pro Stunde nur das landesweit einheitliche Betreuungsentgelt pro Stunde von 16,50 Euro ohne USt. zu zahlen ist, wird aufgrund der EU-rechtlichen Beihilfevorschriften als sogenannte De-minimis-Förderung ausgewiesen.

Die mit dieser Vereinbarung beantragte und gewährte De-minimis-Förderung beträgt \_\_\_\_\_ Euro. Hierin ist bereits eine zu erwartende jährliche Kostensteigerung bei den Gestehungskosten von zwei Prozent enthalten.

## Antragsteller/in

- Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben,  
 dass der Forstbetrieb, für den diese PW-Vereinbarung geschlossen wird, nicht größer als 50 ha ist.  
 dass meine forstliche Betriebsfläche in Baden-Württemberg 50 ha oder mehr beträgt

und dass ich zeichnungsbefugt bin.

Im Falle, dass ich nicht allein im Besitz der Waldflächen bin, lege ich eine Einverständniserklärung der Mitbesitzerinnen und Mitbesitzer bei.

- Für den Fall, dass ich eine De-minimis-Förderung beantragt habe, lege ich der Vereinbarung eine De-minimis-Erklärung bei.
- Die „Erklärung der Antragstellerin oder des Antragstellers“ habe ich zur Kenntnis genommen. Diese ist Bestandteil der Vereinbarung. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Erklärung an.
- Ich habe eine Ausfertigung der Datenschutzerklärung nach Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung zur fallweisen Privatwaldbetreuung erhalten.

Ort, Datum
Unterschrift

<sup>4</sup> Das landesweit einheitliche Betreuungsentgelt gemäß Nummer 4.2.3 VwV-PWaldVO gelten für die Betreuungskomponenten Nummer 4, 5, 6.1 bis 6.7 und 7 bis 10. (Betriebsvollzug) der Anlage zur Privatwaldverordnung; für fallweise Betreuungsleistungen der Nummern 16 bis 18 („Wirtschaftsverwaltung, sonstige Leistungen“) gelten die aktuell gültigen Gestehungskosten (siehe Anlage zur Privatwald-Vereinbarung).

<sup>5</sup> Die Gestehungskosten (Aktuell 69,97 €) richten sich nach den in den einzelnen Stadt- und Landkreisen und im Fall der Übernahme der Betreuungsaufgabe nach § 49 LWaldG durch eine Körperschaft oder deren Zusammenschlüsse an der in der Körperschaft geltenden kommunalen Entgeltordnung.

## Einverständniserklärung

(für Fälle, in denen der Vereinbarungsnehmer nicht alleiniger Besitzer der Waldflächen ist)

Vorname, Name / Straße, Hausnr / PLZ, Ort	Ort, Datum / Unterschrift

Als Mitbesitzende(r), der von der PW-Vereinbarung betroffenen Waldflächen, habe ich/haben wir die Bewirtschaftung meines/unseres Waldes auf die/den Antragsteller/in übertragen. Diese erfolgt auf deren/dessen Rechnung.

### Auftragnehmer/in

- Mit der Unterschrift wird die Annahme und Prüfung der Unterlagen bestätigt.
- Für den Fall, dass eine De-minimis-Förderung beantragt wurde, wurde die vorgelegte De-minimis-Erklärung geprüft. Auf Grundlage der von der oder dem Antragstellenden gemachten Angaben kann eine De-minimis-Beihilfe gewährt werden. Dies wird mit der Unterschrift bestätigt. Die De-minimis-Bescheinigung wird der oder dem Antragstellenden zugestellt.

Ort, Datum	Revier	Name des Dienststellenvertreters
Unterschrift		

## Anlage zur Privatwald-Vereinbarung

Nr.	Betreuungskomponente nach Anlage der Privatwaldverordnung	Kosten
4	Neuanlage der Feinerschließung	
5	Holzauszeichnen	
6	Organisation Betriebsvollzug	
6.1	Organisation Hiebsvollzug gegebenenfalls einschließlich der Anlage der Feinerschließung	
6.2	Zuschlag für Organisation Hiebsvollzug bei Verkehrssicherungsmaßnahmen	
6.3	Organisation Forstkulturen	
6.4	Organisation Jungbestandspflege	Zum landesweit einheitlichen ermäßigten Betreuungsentgelt pro Stunde gemäß Nummer 4.2.3 VwV-PWaldVO
6.5	Organisation Ästungsmaßnahmen	
6.6	Organisation Waldschutzmaßnahmen außerhalb Holzeinschlag zufällige Nutzung	
6.7	Organisation Wegeunterhaltung Fahr- und Maschinenwege	
7	Holzsortierung	
8	Holzaufnahme einzelstammweise	
9	Holzaufnahme sonstige Aufnahmeverfahren	
10	Erfassung einer von der oder dem Waldbesitzenden manuell gefertigten Holzliste	
16.	Logistikdienstleistungen Holzverkauf	zu Gestehungskosten
17	Vergabe von Betriebsarbeiten*	zu Gestehungskosten
18	Lieferverträge, Beschaffungen*	zu Gestehungskosten

\* Stehen die Betreuungskomponenten Nummern 17 und 18 in einem erforderlichen Zusammenhang mit den Nummern 6.1 bis 6.7, kann in diesen Fällen auch das landesweit einheitliche Betreuungsentgelt nach Nummer 4.2.3 VwV-Privatwaldverordnung zugrunde gelegt werden.

# Erklärung der Antragstellerin oder des Antragstellers bei Förderanträgen zu fallweisen Betreuungsverträgen

## 1. Allgemeine Verpflichtungen der Antragstellerin / des Antragstellers:

Ich habe zu den von mir mittels Privatwaldvereinbarung beantragten Fördermaßnahmen die beim Landratsamt zur Einsicht ausliegenden und unter [www.landwirtschaft-bw.info/pb/MLR.Foerderung.Lde/Startseite/Foerderungswegweiser/Privatwaldbetreuung](http://www.landwirtschaft-bw.info/pb/MLR.Foerderung.Lde/Startseite/Foerderungswegweiser/Privatwaldbetreuung) bzw. <http://www.landesrecht-bw.de> abrufbaren Rechtsgrundlagen (Rechtsvorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Landes, einschließlich der Landesrichtlinien und Verwaltungsvorschriften) sowie die nachstehenden Versicherungen, Erklärungen und sonstigen Ausführungen zur Kenntnis genommen und erkenne sie für mich als verbindlich an:

- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Beratung, die Betreuung und deren Förderung im Privatwald (Privatwaldverordnung – PWaldVO) vom 18. Februar 2020
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung der Privatwaldverordnung (VwV-Privatwaldverordnung – VwV-PWaldVO) vom 26. Februar 2020
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendung zur Projektförderung (ANBest-P) in der jeweils gültigen Fassung

### Ich versichere, dass

- meine in der Privatwaldvereinbarung und in den Anlagen (De-minimis-Erklärung ...) enthaltenen Angaben vollständig und richtig sind;
- ich keine anderen öffentlichen Mittel für den gleichen Fördertatbestand<sup>1</sup> von Dritten erhalten bzw. beantragt habe.
- die Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Zustandekommen der Privatwaldvereinbarung begonnen wird.<sup>2</sup>
- es sich bei meinem Unternehmen nicht um ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der Mitteilung der Kommission (ABl. 2014/C 249/01) Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten handelt.
- sich mein Unternehmen (nur landwirtschaftliche Betriebe) mit keinem Unternehmensteil in Auflösung befindet, weder nach § 41 Satz 1 noch nach § 69 Abs. 3 Satz 1 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes.
- über mein Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Insolvenzverfahren eröffnet noch vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach §§ 21 ff. der Insolvenzordnung angeordnet wurden.
- gegen mich bzw. gegen eine für mich handelnde Person in den letzten fünf Jahren keine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich bzw. eine für mich handelnde Person nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu keiner Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.

### Mir ist bekannt, dass

- der in Form der Privatwaldvereinbarung zu stellende Förderantrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt und die Vereinbarung nicht geschlossen werden kann.
- von der zuständigen Behörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Förderung erforderlich sind, auch für die Vergangenheit angefordert werden können.
- kein Rechtsanspruch auf die Bewilligung und damit den Abschluss der Privatwaldvereinbarung besteht.
- für die Angaben in der Privatwaldvereinbarung keine Rechtsverpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die Erteilung dieser Auskünfte jedoch Voraussetzung für die Gewährung von Rechten und daher für die Bearbeitung und den Abschluss der Privatwaldvereinbarung erforderlich ist (§ 11 Abs. 2 Satz 3 LDSG) und der Antrag nur über EDV bearbeitet werden kann.
- die zuständige Behörde unter den Voraussetzungen des § 36 Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) Auflagen auch nachträglich aufnehmen, ändern oder ergänzen kann.
- mir keine Zahlungen zustehen, wenn ich die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe, um einen den Zielen der betreffenden Stützungsregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu verschaffen.
- Doppelfinanzierungen des gleichen Tatbestandes unzulässig sind.
- öffentliche Fördermittel von anderen Dienststellen, Kommunen, Landkreisen oder einer Förderbank (auch nach Erteilung eines Zuwendungsbescheides) zu benennen sind<sup>3</sup>.
- Bund und Länder sowie juristische Personen, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25% in den Händen der vorgenannten Körperschaften befindet, als Zuwendungsempfänger ausgeschlossen sind.
- Gemeinschaftswälder nach § 56 LWaldG mit einem körperschaftlichen Anteil größer 50% der ideellen Anteile sowie Gemeinschaftswälder nach § 56 LWaldG, bei denen die Größe des ideellen Anteils eines Berechtigten kleiner als 30 Hektar ist, als Zuwendungsempfänger ausgeschlossen sind.

## 2. De-minimis-Beihilfen

**Mir ist bekannt**, dass bei der Förderung im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen pro Antragsteller/Antragstellerin der Höchstbetrag von 200.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren (laufendes und die zwei vorangegangenen Steuerjahre) bzw. 500.000 Euro, sofern innerhalb der drei Steuerjahre DAWI-De-minimis-Beihilfen erhalten wurden, einzuhalten ist. Eine De-minimis-Erklärung ist der Privatwaldvereinbarung beigelegt.

## 3. Subventionserhebliche Tatsachen

**Mir ist bekannt**, dass alle Angaben in der Privatwaldvereinbarung – einschließlich aller Anlagen – subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Landessubventionengesetzes vom 1. März 1977 (GBl. S. 42) in Verbindung mit § 2 des Subventionengesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) sind.

**Ich erkläre**, dass die Gründung meines Unternehmens bzw. die Umwandlung in eine andere Rechtsform nicht der missbräuchlichen Umgehung der Bestimmungen über Begrenzungen von Beihilfezahlungen im Sinne des Subventionengesetzes dient.

<sup>1</sup> Förderfähige Betreuungskomponenten gemäß Anlage zur Privatwaldvereinbarung.

<sup>2</sup> Ist zutreffend sofern, die Unterschrift des Waldbesitzenden vor der Unterschrift des Dienstleisters erfolgte und das Unterschriftsdatum des Dienstleisters dem Datum des Vertragsbeginns der Vereinbarung entspricht.

<sup>3</sup> De-minimis-Erklärung zur Privatwaldvereinbarung.

**Mir ist bekannt**, dass

- ich nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes verpflichtet bin, der zuständigen Behörde (Dienstleister der Privatwaldvereinbarung) unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Bewilligung, die Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Beihilfezahlungen haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind;
- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können und mir auch die Kosten für Kontrollmaßnahmen auferlegt werden können;
- die zuständige Behörde (Dienstleister der Privatwaldvereinbarung) verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetrugs begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen. Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören insbesondere
  - die Angaben in der Privatwaldvereinbarung und in den beigelegten Anlagen sowie in den dazu nachgereichten oder nachgeforderten Unterlagen;
  - die Angaben in den Verwendungsnachweisen und den Belegen über die durchgeführten Maßnahmen;
  - die Sachverhalte, von denen der Widerruf oder die Rücknahme der Bewilligung und die Erstattung der Zuwendung abhängen.

#### **4. Prüf- und Betretungsrechte**

**Mir ist bekannt**, dass den zuständigen Behörden der Europäischen Union, des Bundes und des Landes im Rahmen ihrer Zuständigkeit und deren Beauftragten sowie ihren Prüforganen im Rahmen ihrer Befugnisse

- das Betreten von Betriebs-, Geschäfts- und Lagerräumen sowie von Betriebs- oder Vertragsflächen gestattet ist.
- (auch nachträglich) das Recht haben, das Vorliegen der Voraussetzungen durch Kontrollen (z.B. durch Besichtigung an Ort und Stelle, einschließlich Entnahme von Pflanzen- und Bodenproben) zur prüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen.
- auf Verlangen von den Zuwendungsempfängenden die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Rechnungen, Schriftstücke, Datenträger und Karten sowie die sonstigen Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen sowie Auskünfte zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren ist. Diese Pflicht zur Mitwirkung, namentlich auch zur Herausgabe von (auch Personal-) Daten der Beteiligten, gilt ausdrücklich auch für Fälle der Weitergabe von Fördermitteln an Dritte (soweit zulässig) oder der Verwendung von Fördermitteln für Dritte (soweit zulässig) oder unter Beteiligung von Dritten (soweit zulässig).
- bei automatisiert geführten Aufzeichnungen der Zuwendungsempfängende verpflichtet ist, auf eigene Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die genannten Stellen und Prüforgane dies verlangen.

Ich habe ausdrücklich zur Kenntnis genommen, dass die Privatwaldvereinbarung widerrufen und die Zuwendung zurückgefordert wird, wenn der Zuwendungsempfängende oder eine von diesem beauftragte oder bevollmächtigte Person die Kontrolle verhindert und/ oder sich seinen bestehenden Mitwirkungspflichten verweigert.

#### **5. Aufbewahrungsfrist**

**Ich verpflichte mich**, alle Unterlagen, Aufzeichnungen, Belege sowie sonstige Antragsunterlagen mindestens fünf Jahre, jedoch längstens für die Laufzeit der Vereinbarung aufzubewahren, soweit nicht nach anderen Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorgeschrieben ist.

#### **6. Verzinsung**

Zu Unrecht gewährte Beträge sind vom Dienstleister an das Land zurückzuzahlen. Gegebenenfalls werden für den zu Unrecht gewährten Betrag gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 i.V.m. § 49a des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) Zinsen berechnet. Der Dienstleister kann die zu Unrecht gewährten Beträge inkl. Zinsen beim Antragsteller einfordern.

**PW 3 - De-minimis-Erklärung**  
**Erklärung über erhaltene und beantragte De-minimis-Beihilfen durch den**  
**Zuwendungsempfangenden (De-minimis-Erklärung):**

**Angaben des antragstellenden Unternehmens**

Name Gemeinschaftswald/Personengesellschaft
Name, Vorname bzw. Name der juristischen Person
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort (Anschrift) <b>D</b>

**Förderaktenzeichen:** 426-2024-68-

**Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis-Beihilfe**

Von den Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfangende habe ich/haben wir Kenntnis genommen.

Ich/wir erkläre(n), dass mir/dem Unternehmen Erbgemeinschaft Wachter - Gertrud Wachter oder einem mit mir/uns im Sinne von Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/20131 verbundenen Unternehmen über die beantragte Beihilfe hinaus keine weiteren bzw. nur die von mir/uns aufgeführten De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis-Verordnung), der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 (Fischerei-De-minimis-Verordnung) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren** gewährt wurden.

Im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren erhaltene De-minimis-Beihilfen und/oder DAWI-De-minimis-Beihilfen:

Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber)	Aktenzeichen	Form der Beihilfe <small>(z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)</small>	Förder-summe <small>in Euro</small>	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) <small>in Euro</small>	Agrar-De-minimis-Beihilfe	De-gewerbliche Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Fischerei-De-minimis-Beihilfe

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU L 352 vom 24.12.2013)

De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme (Euro)	Gesamtsubventionswert (Euro)
gewerbliche De-minimis-Beihilfe		
Agrar-De-minimis-Beihilfe		
DAWI-De-minimis-Beihilfe		
Fischerei-De-minimis-Beihilfe		

Darüber hinaus habe ich/haben wir oder ein mit mir/uns verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren

**keine** weiteren De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis gewerblicher Bereich), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EG) Nr. 717/2014 (De-minimis) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt**.

die nachstehend aufgeführten De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis gewerblicher Bereich), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EG) Nr. 717/2014 (Fischerei-De-minimis) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt**, die **noch nicht bewilligt** wurden:

Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber)	Aktenzeichen	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Förder-summe in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro	Agrar-De-minimis-Beihilfe	De-gewerbliche De-minimis-Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Fischerei-De-minimis-Beihilfe

De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme (Euro)	Gesamtsubventionswert (Euro)
gewerbliche De-minimis-Beihilfe		
Agrar-De-minimis-Beihilfe		
DAWI-De-minimis-Beihilfe		
Fischerei-De-minimis-Beihilfe		

Die hier beantragte De-minimis-Beihilfe wird

- nicht mit weiteren Beihilfen für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert,  
 mit folgender/n Beihilfe/n für dieselben förderfähigen Aufwendungen kumuliert:

Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfen-geber)	Aktenzeichen	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro

Mir/uns ist bekannt, dass die vorstehend gemachten Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind. Nach dieser Vorschrift wird u. a. bestraft, wer einem Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn oder den Anderen vorteilhaft sind (Subventionsbetrug). Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen der vorgenannten Angaben der, die Beihilfe gewährenden, Stelle mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage für die hier beantragte Förderung bekannt werden.

Ort, Datum
Unterschrift